

## **KURZPROTOKOLL**

der 3. Sitzung der Enquete-Kommission  
„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“  
am Freitag, dem 2. September 2022, 11:07 Uhr,  
in Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz: Abg. Christian Winter

## **TAGESORDNUNG**

1. Vortrag zu den Ergebnissen der Anhörungsreihe „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ im Sozialausschuss in den Jahren 2018 und 2019 durch die damals beteiligte Abgeordnete Nadine Julitz
2. Information über das Ergebnis der Beschlussfassung außerhalb einer Sitzung vom 26. Juli 2022 zu K Drs. 8/3-1
3. Vorstellung des Logos für den Beteiligungsprozess sowie der zugehörigen Anwendungsrichtlinien durch das Kommissionssekretariat  
hierzu: K Drs. 8/5
4. Beratung und ggf. Beschlussfassung zum Entwurf des Beteiligungskonzepts  
hierzu: K Drs. 8/6 und 8/6-1
5. Beratung und ggf. Beschlussfassung zur Gliederung der zu bearbeitenden Themen in Themenclustern  
hierzu: K Drs. 8/7 und 8/9

6. Beratung und ggf. Beschlussfassung zum Verfahren zur Ausdifferenzierung des Erkenntnisinteresses im ersten Themencluster

hierzu: KDrs. 8/10

7. Beratung und ggf. Beschlussfassung zum Antrag der Fraktionen der CDU und FDP: Hinzuziehung der Unterlagen aus der Anhörungsreihe „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ im Sozialausschuss 2018 bis 2019

hierzu: KDrs. 8/8

8. Allgemeine Kommissionsangelegenheiten

**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

**8. Wahlperiode**

**Enquete-Kommission**

**„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“**

**Anwesenheitsliste**

3. Sitzung am 2. September 2022, 11:00 Uhr,

Schloss Schwerin, Plenarsaal

Vorsitzender: Abg. Christian Winter    Stellv. Vorsitzende: Abg. Hannes Damm




**1. Mitglieder der Enquete-Kommission**

Ordentliche Mitglieder		Stellvertretende Mitglieder	
Name	Unterschrift	Name	Unterschrift

**Von der Fraktion der SPD benannte Mitglieder**

Julitz, Nadine (MdL)		Falk, Marcel (MdL)	_____
Klingohr, Christine (MdL)		Kaselitz, Dagmar (MdL)	_____
Prof. Dr. Northoff, Robert (MdL)		Mucha, Ralf (MdL)	_____
Schiefler, Michel-Friedrich (MdL)		Saemann, Nils (MdL)	_____
Dr. Schröder, Anna-Konstanze (MdL)		Dr. Ulbricht, Christian	_____
Winter, Christian (MdL)		Klinkenberg, Mark	_____
Heinrich, Dörte		Beykirch, Johannes	
Dr. Bösefeldt, Ina	_____	Walm, Maik	_____
Leger, Robin		Hanisch, Uwe	_____
Kant, Katja		.....	_____
Rakel, Miriam		.....	_____
Repp, Sabrina		.....	_____

**Von der Fraktion der AfD benannte Mitglieder**

de Jesus Fernandes, Thomas (MdL)		Kramer, Nikolaus (MdL)	_____
Federau, Petra (MdL)		Stein, Thore (MdL)	_____
Tschich, Alexander		.....	_____
Stein, Skarthe		.....	_____


**Von der Fraktion der CDU benannte Mitglieder**

Hoffmeister, Katy (MdL)	_____	von Allwörden, Ann Christin (MdL)	
Reinhardt, Marc (MdL)		Berg, Christiane (MdL)	_____
Hadrath, Theo		Ehlers, Sebastian (MdL)	_____
Kuster, Max		Peters, Daniel (MdL)	_____
		Nowatzki, Mattias	_____
		Scheyko, Katharina	_____

**Von der Fraktion DIE LINKE benannte Mitglieder**

Albrecht, Christian (MdL)		Pulz-Debler, Steffi (MdL)	_____
Hashimi, Sayed Mohammad		.....	_____
Jahn, Anna		.....	_____

**Von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN benannte Mitglieder**

Damm, Hannes (MdL)		Wegner, Jutta (MdL)	_____
		Shepley, Anne (MdL)	_____
		Oehrich, Constanze (MdL)	_____
		Dr. Terpe, Harald (MdL)	_____

**Von der Fraktion FDP benannte Mitglieder**







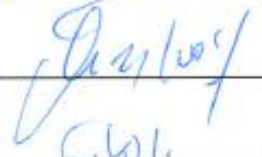
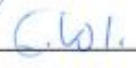
Enseleit, Sabine (MdL)		van Baal, Sandy (MdL)	_____
------------------------	---	-----------------------	-------

2. Ständige Gäste der Enquete-Kommission mit beratender Stimme

Zugehörigkeit	Name	Unterschrift
Sozialministerium	Yvonne Griep	

Anwesenheitsliste – 3. Sitzung Enquete-Kommission – 2. September 2022

3. Ministerien, Behörden und sonstige Teilnehmer

Ministerium bzw. Dienststelle, Verband etc. pp. (bitte Druckschrift)	Name, Vorname  (bitte Druckschrift)	Dienststellung/ Funktion  (in Druckschrift, nicht abgekürzt)	Unterschrift
SPD-Fraktion	Petschulat, Frauke	Referentin	
AfD-Fraktion	Wanagat, Benjamin	Referent	
CDU-Fraktion	Rickertsen, Victoria	Referentin	_____
Fraktion DIE LINKE	Tannhäuser, Monique	Referentin	
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Wilmes, Tobias	Referent	
FDP-Fraktion	Reip, Natascha	Referentin	
FDP-Fraktion	Rosenberg, Daniel	"	
Fraktion SPD/GRÜNE	Kauf, Katharina	Stellv. Sprecher	
AfD-Fraktion	Kalweit	Präsident	
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____

Anwesenheitsliste – 3. Sitzung Enquete-Kommission – 2. September 2022

## **AUSSERHALB DER TAGESORDNUNG**

Vors. **Christian Winter** informiert, dass das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport auf Einladung der Kommission den Abteilungsleiter für Jugend und Familie, Dietrich Brandt, als ständigen Gast benannt habe, der heute durch die Mitarbeiterin Yvonne Griep vertreten werde.

## PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG

Vortrag zu den Ergebnissen der Anhörungsreihe „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ im Sozialausschuss in den Jahren 2018 und 2019 durch die damals beteiligte Abgeordnete Nadine Julitz.  
(Anlage)

Vors. **Christian Winter** verweist darauf, dass die Ergebnisse der o. g. Anhörungsreihe gemäß dem Einsetzungsbeschluss im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission berücksichtigt werden sollten.

Abg. **Nadine Julitz** führt aus, dass es in der 7. Wahlperiode den Wunsch gegeben habe, eine Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ ähnlich der in der 6. Wahlperiode eingerichteten Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ einzusetzen. Man habe sich seinerzeit im Sozialausschuss auf die „light-Variante“ einer Enquete-Kommission, nämlich eine Anhörungsreihe „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ verständigt. Im Sozialausschuss seien Sondersitzungstermine für diese Anhörungsreihe vereinbart worden. Die Themen der damaligen Anhörungsreihe würden sich maßgeblich mit denen der Enquete-Kommission überschneiden. Innerhalb der Anhörungsreihe seien sechs Anhörungen durchgeführt worden. Die Abgeordneten des Sozialausschusses hätten die Anhörungsreihe als ständige Vertreter begleitet. Zudem nahmen Jugendliche, durch die Fraktionen benannt, als ständige Gäste an den Anhörungen teil. Sachverständige seien zu einzelnen Themen geladen worden oder hätten an der Anhörungsreihe als ständige Mitglieder/Gäste teilgenommen (z. B. Städte- und Gemeindetag oder Landesseniorenbeirat). Im ersten Themenkomplex der Anhörungsreihe sei die „Teilhabe und Mitwirkung von Jugendlichen“ beleuchtet worden. Es habe die Überlegung und Vorstellung gegeben, ein möglichst flächendeckendes Meinungsbild über das gesamte Bundesland zu generieren und aus allen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns Sachverständige einzubeziehen. Zudem sollten auch alle gesellschaftlichen Akteure und Aspekte, die Jugendliche betreffen, berücksichtigt werden. Die Sachverständigen legten, wie in Anhörungen üblich, ihre Sichtweise dar. Anschließend tauschten sich die Mitglieder des Sozialausschusses und die jugendlichen ständigen Gäste in einer Diskussionsrunde zu den dargelegten Punkten aus. Nach anfänglichen Schwierigkeiten habe man ein Prozedere innerhalb der Anhörung etablieren können, bei dem auch die Jugendlichen ihre Wortbeiträge und Fragen an die Sachverständigen einbringen konnten. Es sei ein Abschlussbericht mit formulierten



Handlungsempfehlungen des Sozialausschusses erarbeitet worden. Alle Fraktionen hätten sich gemeinsam auf Handlungsempfehlungen verständigt. In den Fällen, in denen kein fraktionsübergreifender Konsens erzielt werden konnte, seien Sondervoten der Fraktionen in den Abschlussbericht aufgenommen worden. Wegen der Einzelheiten verweist sie auf den Abschlussbericht. Die Jugendlichen seien sehr gut vorbereitet gewesen und maßgeblich durch den Landesjugendring unterstützt worden. Der Landesjugendring habe viel vor- und nachbereitet und gemeinsame Papiere verfasst. Die Jugendlichen hätten die Arbeit unterstützt. Zudem sei das Thema „Übergangmanagement Schule – Bildung – Beruf“ erörtert worden. Auch hierzu hätten sich die Jugendlichen gut vorbereitet und klare Forderungen formuliert. Das dritte Thema betraf die „Medienbildung für junge Leute im Kontext der Digitalisierung“. Neben Sachverständigen seien hier auch die Universitäten einbezogen worden. Die „Mobilität im ländlichen Raum“ sei als weiteres Thema beleuchtet worden. Forderungen hierzu seien schon vielfach kommuniziert worden. Darüber hinaus sei das Thema „Ehrenamt und Erprobungsräume“ sehr intensiv diskutiert worden. Hier lagen die Vorstellungen von Erwachsenen und Jugendlichen zum Teil sehr weit auseinander, z. B. bei den Themen Schulpflicht und Erfüllung ehrenamtlicher Aufgaben in der Freizeit. Hier habe es teilweise kontroverse Diskussionen gegeben. Die Handlungsempfehlungen gingen zum Teil in die entsprechende Richtung. Unter anderem sei sich mit der Anerkennung ehrenamtlichen Engagements durch die Schule, im Besonderen mit der Frage, wann, wofür und unter welchen Voraussetzungen die Schule in Hinblick auf das Ehrenamt freistellen dürfe, beschäftigt worden. Ferner sei der Themenkomplex „Kinderarmut und Chancengleichheit“ im Rahmen der Anhörungsreihe untersucht worden. Das Top-Thema sei hier die Schulsozialarbeit gewesen. Das Wahlalter ab 16 Jahren sei damals ebenfalls ein Thema gewesen, mit dem man sich auch aktuell beschäftige. Sie ist der Auffassung, dass das vorliegende Papier in die Arbeit der Enquete-Kommission einbezogen werden sollte und als Grundlage dienen könnte. Die damaligen Themenkomplexe könnten nun besser und vertieft untersucht werden, da insbesondere zusätzliche personelle Ressourcen vorhanden seien. Auf die Ergebnisse der Anhörungsreihe könnte aufgebaut werden.

Vors. **Christian Winter** weist darauf hin, dass sich die Kommission in einem weiteren Tagesordnungspunkt mit der Anhörungsreihe und dem Umgang mit den Ergebnissen auseinandersetzen werde.

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes** empfiehlt, eine Evaluierung der Ergebnisse aus der Anhörungsreihe vorzunehmen und bei der Abstimmung ein entsprechendes Votum hierzu abzugeben. Er halte dies vor dem Hintergrund der bereits durchgeführten Anhörungsreihe für zielführend. Die Fraktion DIE LINKE habe sich zum damaligen Zeitpunkt für die Einsetzung einer Enquete-Kommission stark gemacht. Im Ergebnis habe man sich auf die Anhörungsreihe verständigt. Die Ergebnisse der Anhörungsreihe sollten als Grundlage in die Arbeit der Enquete-Kommission einfließen. Er schlägt vor, die Evaluierung der Ergebnisse der Anhörungsreihe als zusätzlichen Arbeitsauftrag der Enquete-Kommission zu beschließen.

Vors. **Christian Winter** verweist in diesem Zusammenhang auf den Tagesordnungspunkt 7.

## PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG

Information über das Ergebnis der Beschlussfassung außerhalb einer Sitzung vom 26. Juli 2022 zu K Drs. 8/3-1  
„Auftrag an das Kommissionssekretariat zur Logo-Entwicklung“  
hier: Vorschlag Änderungsbeschluss

Vors. **Christian Winter** führt aus, dass gemäß § 16a Absatz 4 GO LT M-V der Vorsitzende über das Ergebnis eines Abstimmungsverfahrens außerhalb einer Sitzung in der darauffolgenden Sitzung informiere. Die Enquete-Kommission habe am 26. Juli 2022 außerhalb einer Sitzung eine Abstimmung zur K Drs. 8/3-1 durchgeführt. Danach sollte der Beschluss zur K Drs. 8/2-1 dahingehend geändert werden, dass Ziffer II Nummer 3 Absatz 2 Satz 1 durch die Sätze „Das Kommissionssekretariat vergibt einen Auftrag zur Logoentwicklung für die Enquetekommission und ihren Beteiligungsprozess #mitmischenMV. Im Benehmen mit dem Vorsitzenden und der Obleute-Runde nimmt das Sekretariat das Arbeitsergebnis des Auftragnehmers ab und beginnt, dieses in der Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen.“ ersetzt wird. Er teilt mit, dass an der Abstimmung insgesamt 15 Mitglieder teilgenommen hätten. 14 Mitglieder hätten dieser Änderung zugestimmt, während sich ein Mitglied enthielt. Damit sei die die Beschlussvorlage auf K Drs. 8/3-1 angenommen worden.

### **PUNKT 3 DER TAGESORDNUNG**

Vorstellung des Logos für den Beteiligungsprozess sowie der zugehörigen Anwendungsrichtlinien durch das Kommissionssekretariat  
hierzu: K Drs. 8/5

Vors. **Christian Winter** informiert, dass die entsprechende Präsentation im Vorfeld der Sitzung auf K Drs. 8/5 zur Verfügung gestellt worden sei.

Ref. **Monique Frähmke** (Sekretariat der Enquete-Kommission) führt aus, dass das Kommissionssekretariat gemäß K Drs. 8/2-1 mit der Logoentwicklung für den Beteiligungsprozess beauftragt worden sei und entsprechende Vorschläge unterbreiten sollte. Gemäß dem Beschluss auf K Drs. 8/3-1 vom 26. Juli 2022 hätten sich die Obleute auf das nun vorliegende Logo sowie die entsprechenden Anwendungsrichtlinien geeinigt. Im Beteiligungsprozess werde das Logo in den Primärfarben violett und orange eingesetzt. Zusätzlich könne das Logo in allen Farben genutzt werden. Hierbei dürfe nur eine Hintergrundfarbe verwendet werden. Schrift- und Hintergrundfarbe seien dabei identisch. Zudem müsse der weiße Logoschnitt erhalten bleiben. Das Logo könne ab sofort verwendet werden. Das entsprechende Datenpaket werde in Kürze auf goTresor zur Verfügung gestellt.

Abg. **Sabine Enseleit** bittet um nähere Informationen zur Entstehung, dem Prozess und der Gestaltung des Logos und möchte wissen, warum man sich für diese Farbgebung und Art der Gestaltung entschieden habe.

Ref. **Monique Frähmke** nimmt Bezug auf den Beschluss auf K Drs. 8/3-1. Dementsprechend sei der Prozess gestaltet und der Logoentwurf in der Obleute-Runde freigegeben worden.

Abg. **Sabine Enseleit** merkt an, dass bei einer Logoentwicklung eine Agentur beauftragt werde, wie wohl auch geschehen, und die Entwürfe dann normalerweise mit näheren Erläuterungen zur Farbe, Schriftart usw. präsentiert würden. Im Ergebnis entstünde normalerweise ein Corporate-Design-Handbuch. Dies führe in diesem Fall sicher zu weit. Trotz allem fehlten ihr nähere Erläuterungen, beispielsweise zur Lila-Farbgebung verbunden mit der orangenen Schrift. Es sei bisher nur über den Prozess informiert und

in der Obleute-Runde lediglich das fertige Logo vorgelegt worden. An der Entstehung sei man nicht beteiligt gewesen.

Ref. **Monique Frähmke** erwidert, dass die Agentur eine freundliche, jugendliche Farbgebung gewählt habe. Die Formgebung sei nach Angaben der Agentur jugendgerecht gestaltet. Sie verweist auf die Präsentation, in der alle Hinweise und Anmerkungen der Agentur dargestellt worden seien.

Vors. **Christian Winter** stellt fest, dass auch nach seiner Information allen Obleuten eine Beschreibung/Präsentation mit kurzen Erklärungen zu den Hintergründen und Überlegungen der Werbeagentur im Hinblick auf die Gestaltung zugegangen sei. Dies sei vorgestellt worden. Die Unterlagen seien den Obleuten zusammen mit dem Beschluss zugegangen und auf K Drs. 8/5 zur Verfügung gestellt worden.

## PUNKT 4 DER TAGESORDNUNG

Beratung und ggf. Beschlussfassung zum Entwurf des Beteiligungskonzepts  
hierzu: K Drs. 8/6 und 8/6-1

Vors. **Christian Winter** verweist auf den Entwurf des Beteiligungskonzeptes auf K Drs. 8/6 und seinen hierzu vorgelegten Änderungsantrag auf K Drs. 8/6-1 der lediglich redaktionelle Änderungen enthalte. Danach solle in Ziffer 7.1 des Entwurfes des Beteiligungskonzeptes der Satz 2 durch folgende Sätze ersetzt werden: „Die Bearbeitungszeit eines Themenclusters wird auf ca. 2,5 Jahre eingeschätzt, kann aber aufgrund der Anzahl der Themencluster, auf die sich die Kommission festlegt, variieren. Die exemplarische Darstellung im Anhang wird ggf. an die Anzahl der von der Kommission beschlossenen Themencluster angepasst.“ Hintergrund sei der folgende Tagesordnungspunkt 5, zu dem zwei Anträge vorlägen. Ein Antrag sehe vier, der andere Antrag bis zu fünf Themencluster vor. Das Sekretariat habe im Beteiligungskonzept eine Zeitschiene beruhend auf vier Themenclustern erarbeitet. Diese wäre auch auf fünf Themencluster anwendbar. Der eingebrachte Änderungsantrag solle lediglich gewährleisten, dass der Beteiligungsprozess in Abhängigkeit der Abstimmungen zu Tagesordnungspunkt 5 ggf. angepasst werden könne, um damit zu vermeiden, den Beteiligungsprozess ggf. erst in der nächsten Sitzung verabschieden zu können.

Ref. **Monique Frähmke** teilt mit, dass das Kommissionsekretariat gemäß dem Beschluss zu K Drs. 8/2-1 beauftragt worden sei, ein Beteiligungskonzept zu erstellen. Dieses sei bewusst offen formuliert worden, um eine möglichst breite Teilhabe zuzulassen. Das Konzept könne sich daher nicht an SMARTe Richtlinien halten. Der Prozess werde gemeinsam mit den jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt. Das vorliegende Konzept zeige den Weg auf, ohne diesen jedoch vorwegzunehmen. Im Beteiligungsprozess würden gemeinsam mit den jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern Lösungsvorschläge für die jeweiligen Themencluster entwickelt. Diese fließen in Form eines Kinder- und Jugendgutachtens sowie den Ergebnissen aus Anhörungen und Gutachten in die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission ein. Der Beteiligungsprozess werde parallel zur Arbeit der Enquete-Kommission laufen und spiegele die Themen aus Sicht der jungen Generation in die Enquete-Kommission zurück. Der entsprechende Zugang zu den jungen Menschen werde über die derzeit entstehende Datenbank sichergestellt. Ziel sei es, durch die

Vielfalt der Kooperationspartner\*innen möglichst viele junge Menschen, unabhängig von ihrem Organisationsgrad, zu erreichen. Eine erste Kontaktaufnahme sei über Social-Media geplant. Die Nutzung der Social-Media-Kanäle sei beantragt worden und das Sekretariat sei hierzu mit der Landtagsverwaltung im Gespräch. Methodisch werde, angelehnt an die Arbeit der Enquete-Kommission, in drei Phasen gearbeitet. Die genaue Beschreibung könne dem Konzept entnommen werden.

Abg. **Michel-Friedrich Schiefler** meint, es sei keine einfache Aufgabe, ein breites und trotzdem offen zu gestaltendes Konzept zu entwickeln. Die SPD-Fraktion sei mit dem vorgelegten Konzept sehr zufrieden und würde es begrüßen, wenn dieses heute beschlossen werde.

**Johannes Beykirch** betont ebenfalls, dass es sich um ein gutes Konzept handele. Er beantragt eine redaktionelle Änderung in Ziffer 3 des Konzeptes. Im ersten Halbsatz solle das Wort „wirken“ durch das Wort „sind“ ersetzt sowie vor dem Wort „aktiv“ das Wort „wirken“ eingefügt werden.

Die **Kommission** verständigt sich darauf, die redaktionelle Änderung anzunehmen.

**Theo Hadrath** verweist auf Ziffer 6.2. des Konzeptes, wonach für jedes Themencluster ein Kinder- und Jugendgutachten erstellt werden solle. Daher stelle sich die Frage, ob es nur ein oder mehrere Gutachten geben werde.

Ref. **Monique Frau Frähmke** stellt fest, dass zu jedem Themencluster ein Kinder- und Jugendgutachten erstellt werde. Diese würden abschließend zu einem großen Kinder- und Jugendgutachten zusammengeführt, welches sich aus den einzelnen Themenclustern zusammensetze.

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes** verweist auf Unstimmigkeiten in der Obleute-Runde bezüglich der Logo-Entwicklung und fragt nach, ob jedes einzelne Gutachten öffentlich ausgeschrieben werde. Dies verursache Kosten. Er plädiert für eine breite Aufstellung.

Ref. **Monique Frähmke** stellt klar, dass das Kinder- und Jugendgutachten aus den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses entstehe. Man arbeite mit den Kindern und

Jugendlichen zusammen, die auch Lösungsvorschläge unterbreiten würden. Diese Lösungsvorschläge fließen in das Kinder- und Jugendgutachten des entsprechenden Themenclusters ein. Dies erfolge im Sekretariat. Vor diesem Hintergrund sei auch das Beteiligungskonzept entstanden. Parallel dazu liefen die Anhörungen und Gutachten der Enquete-Kommission. Alle Ergebnisse fließen in die Handlungsempfehlungen ein, die die Enquete-Kommission abschließend erarbeite.

Abg. **Sabine Enseleit** meint, die Bezeichnung „Kinder- und Jugendgutachten“ sei irreführend. Es handele sich nicht um eine Begutachtung der Kinder und Jugendlichen. Ggf. sollte der Begriff „Gutachten der Kinder und Jugendlichen“ gewählt werden.

Ref. Monique **Frähmke** merkt an, dass das Sekretariat die Bezeichnung „Kinder- und Jugendgutachten“ aus dem Einsetzungsbeschluss übernommen habe. Man könne auch eine andere Begrifflichkeit wählen, wenn dies gewünscht sei.

Vors. **Christian Winter** vertritt die Auffassung, dass es sich um einen feststehenden Begriff handele, der entsprechend im Einsetzungsbeschluss formuliert worden sei. Er würde hier keine Änderung vornehmen wollen, stellt aber klar, dass Kinder und Jugendliche nicht begutachtet würden, sondern dass es um ihre Stimmen gehe.

Die **Kommission** stimmt dem Änderungsantrag auf K Drs. 8/6-1 einvernehmlich mit 16 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen zu.

Die **Kommission** stimmt dem Entwurf des Beteiligungskonzepts auf K Drs. 8/6 einvernehmlich mit 16 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen zu.



## PUNKT 5 DER TAGESORDNUNG

Beratung und ggf. Beschlussfassung zur Gliederung der zu bearbeitenden Themen in Themenclustern  
hierzu: K Drs. 8/7 und 8/9

Vors. **Christian Winter** erklärt, dass hierzu ein Antrag der Fraktionen der CDU und FDP auf K Drs. 8/7 und ein Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf K Drs. 8/9 vorlägen.

Die **Fraktionen der CDU und FDP** haben beantragt, die im Einsetzungsbeschluss auf Drs. 8/256 vorgegebenen Themen in fünf Komplexen zu behandeln und das Sekretariat der Enquete-Kommission zu beauftragen, die im Folgenden genannten Themenkomplexe in einem Zeitrahmen von jeweils bis zu neun Monaten zur Bearbeitung vorzubereiten und zu begleiten:

1. Komplex I „Kinder und Jugendliche beteiligen“, zu behandelnde Themen: Teilhabe, Mitwirkung und bürgerschaftliches Engagement, Zukunft und Gegenwart gestalten sowie Formate, Gremien, Strukturen,
2. Komplex II „Grundfragen des Zusammenlebens“, zu behandelnde Themen: Miteinander der Generationen, Organisation von Chancengleichheit, Kinderarmut, individuelle Verantwortung vs. staatliche Daseinsfürsorge, interkulturelle Kompetenzen und Migration, Diversity (Geschlechter, junge Menschen mit Behinderungen, sexuelle Orientierungen und Religion), Gewalt und Extremismus sowie (Anti)Diskriminierung,
3. Komplex III „Gesund aufwachsen“, zu behandelnde Themen: Gesundheit (physisch, psychisch), Ernährung, Jugendschutz, Sport, Kultur und Medien,
4. Komplex IV „Lebenslanges Lernen“, zu behandelnde Themen: Kita, außerschulische und schulische Bildung, Ausbildung, Übergang Schule-Beruf, Hochschulen und Universitäten, Beruf, Medien- und politische Bildung sowie zweckfreie Bildungszeiten,
5. Komplex V „Orte und Mobilität“, zu behandelnde Themen: Wohnen und Städteplanung, Mobilität und Räume.

Die Querschnittsthemen Digitalisierung, Klimaschutz, ländliche Räume, Bekämpfung der Pandemiefolgen sowie Bezüge zu aktuellen Entwicklungen sollten in jeden

Themenkomplex eingebunden und die Akteure der Landesregierung entsprechend der zu bearbeitenden Thematik beteiligt werden (K Drs. 8/7).

Die **Fractionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** haben beantragt, die im Einsetzungsbeschluss auf Drs. 8/256 vorgegebenen Themen sowie die von den nichtparlamentarischen Expert\*innen eingebrachten Ergänzungen in folgenden vier Clustern zu behandeln:

1. „Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen“ mit den zu behandelnden Themen: „Teilhabe, Mitwirkung und bürgerschaftliches Engagement“, „Strukturen“, „Rechtliche Regelungen“ und „Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz“,
2. „Formale und non-formale Bildung“ mit den zu behandelnden Themen: „Kita“, „Schule“, „Ausbildung und Beruf“, „Hochschule“, „Übergänge“, „Kultur“, „Freizeit“, „Medienkompetenz“ und „Interkulturelle Kompetenzen“,
3. „Gesundes und sicheres Aufwachsen“ mit den zu behandelnden Themen: „Gesundheit, gesunde Ernährung und Sport“, „Kinder- und Jugendschutz“, „Medienschutz“, „Gewalt“, „Extremismus“ und „Kinderarmut und Chancengerechtigkeit“,
4. „Kinder- und jugendgerechte Infrastruktur/Lebensräume“ mit den zu behandelnden Themen: „Wohnen und Raumplanung“ und „Mobilität“.

Zusätzlich werde ein fünftes, inhaltlich noch nicht definiertes Themencluster in die Planung der Arbeit der Enquete-Kommission und in die Planung des Beteiligungsprozesses #mitmischenMV aufgenommen. Die im Einsetzungsbeschluss benannten Querschnittsthemen „Klimaschutz“, „Digitalisierung“, „Ländliche Räume“, „Bekämpfung der Pandemiefolgen“ sowie „Diversity (u. a. Geschlechter, Behinderungen, Migrationshintergrund, Hautfarbe, Klasse, sexuelle Orientierungen und Religion)“ würden in jedem Themenkomplex mitbearbeitet. Ebenso werde mit den im Einsetzungsbeschluss benannten Grundfragen des Zusammenlebens, also dem „Miteinander der verschiedenen Generationen“, dem „Verhältnis von individueller Verantwortung und staatlicher Daseinsfürsorge“ sowie der „Organisation von Chancengerechtigkeit“ verfahren (K Drs. 8/9).

Abg. **Sabine Enseleit** erklärt, zwar ähnelten sich die Anträge, dennoch orientiere man sich hier im Wesentlichen stärker am Einsetzungsbeschluss, habe fünf Themencluster

definiert und wolle Sondersitzungen zu tagesaktuellen Themen ermöglichen. Zudem sei ein Bearbeitungszeitraum von bis zu neun Monaten je Themencluster vorgesehen.

Abg. **Michel-Friedrich Schiefler** stellt fest, dass man sich in einem längeren Prozess mit der Frage auseinandergesetzt habe, welche Themen man bearbeiten könne. Im Einsetzungsbeschluss seien zwar grob die Themen aufgenommen worden, allerdings seien die nichtparlamentarischen Mitglieder der Fraktionen zum damaligen Zeitpunkt nicht an der Themendefinition beteiligt gewesen. Dies sei nun nachgeholt worden. Zudem solle der Prozess, der Jahre dauern werde, etwas offener gestaltet sein. Daher würden die antragstellenden Fraktionen das 5. Themencluster im Gegensatz zum Antrag der Fraktionen der CDU und FDP zunächst inhaltlich offenhalten. Sollte sich im Beteiligungsprozess ein Thema herauskristallisieren, würde dies aufgegriffen. Bei einer konkreten Definition des 5. Themenclusters wäre dies nicht möglich.

Abg. **Hannes Damm** stellt fest, dass die Anträge ähnlich seien und der Dissens nicht sehr groß sein würde. Ihm und seiner Fraktion sei es sehr wichtig, der Kommission, den jungen Menschen und Experten\*innen am Ende den Raum zur Erarbeitung eines 5. Themenclusters zu geben. Die Kommission könne sich nach seiner Kenntnis zu Sondersitzungen treffen, um ggf. aktuelle Themen zu diskutieren. Ob dieses einem der aus seiner Sicht sehr allumfassenden Themencluster zugeordnet werden könne, würde dann aktuell entschieden. Sollte dies nicht möglich sein, könne es inhaltlich mit den zu erarbeitenden Materialien und Berichten dem Themencluster 5 zugeordnet werden. Dies sei aus seiner Sicht mit dem grundsätzlichen Anliegen vereinbar. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei es wichtig gewesen, sich an den Themen des Einsetzungsbeschlusses zu orientieren. Dies sei erfolgt. Es gebe zwei bis drei kleine Erweiterungen. Beispielsweise seien Hochschulen im Einsetzungsbeschluss offensichtlich vergessen worden. Er würde dieses Thema aber auch nicht auslassen wollen, nur, weil es nicht genannt sei.

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes** fragt nach, wie konkret die breitere Beteiligung der nun in die Kommission berufenen jugendlichen Mitglieder bei der Formulierung des vorliegenden Antrages ausgesehen habe und wer damit gemeint sei. An die AfD-Fraktion sei nicht herangetreten und über die Möglichkeit der Einbindung ihrer jugendlichen Mitglieder informiert worden. Ob die Fraktionen der CDU und FDP eingebunden gewesen

seien oder es sich um einen begrenzten Kreis gehandelt habe, wisse er nicht. Ferner möchte er wissen, wie die Beteiligung bei der Erarbeitung des vorliegenden Antrages konkret definiert werde.

Abg. **Michel-Friedrich Schiefler** erwidert, dass sich die Fraktionen der SPD und DIE LINKE intern in einen Prozess mit den nichtparlamentarischen Mitgliedern begeben hätten. Anschließend sei allen demokratischen Fraktionen, mit denen eine Zusammenarbeit gewollt sei, ein Gesprächsangebot unterbreitet worden. Der weitere Beteiligungsprozess für das fünfte offene Thema stehe allen Jugendlichen, Kindern und jungen Erwachsenen offen.

Abg. **Sabine Enseleit** ist der Ansicht, dass es Aufgabe der Enquete-Kommission sei, dies zu diskutieren. Ihrem Verständnis nach sollten die Konzepte gemeinsam mit den nichtparlamentarischen Mitgliedern erarbeitet werden.

Abg. **Dr. Anna-Konstanze Schröder** stimmt dem zu. Sie bittet um Verständnis, dass aufgrund der großen Mitgliederzahl Vorlagen durch die Fraktionen erarbeitet und vorgelegt werden müssten. Diese würden innerhalb der Gruppen vorab besprochen.

Abg. **Christian Albrecht** ergänzt, dass es sich um einen normalen Prozess handele. Die Anhörungsreihe bilde die Grundlage, die Akteure hätten sich geändert. Alle Fraktionen hätten die nichtparlamentarischen Mitglieder benannt. Seiner Fraktion sei es wichtig gewesen, die nichtparlamentarischen Mitglieder an dieser Stelle miteinzubeziehen, um gemeinsam eine Vorlage zu erarbeiten. Diese Vorlage sei zur Abstimmung gestellt und anschließend die Fraktionen eingeladen worden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe das Angebot angenommen und sich beteiligt. Diesen Vorgang hält er für legitim. Dass zwei konkurrierende Anträge vorlägen, über die nun abgestimmt werde, sei ein üblicher demokratischer Prozess.

Die **Kommission** lehnt den Antrag der Fraktionen der CDU und FDP auf K Drs. 8/7 mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen ab.

Die **Kommission** stimmt dem Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf K Drs. 8/9 mehrheitlich mit 16 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen zu.

Vors. **Christian Winter** stellt fest, dass die Arbeit und der Beteiligungsprozess nun beginnen könnten.

## PUNKT 6 DER TAGESORDNUNG

Beratung und ggf. Beschlussfassung zum Verfahren zur Ausdifferenzierung des Erkenntnisinteresses im ersten Themencluster  
hierzu: K Drs. 8/10

Vors. **Christian Winter** weist darauf hin erklärt, dass hierzu ein Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf K Drs. 8/10 vorliege. Danach solle das Sekretariat beauftragt werden, zeitnah ein wissenschaftliches Grundlagenpapier zur Lebenssituation junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu beauftragen und dieses den Kommissionsmitgliedern nach Fertigstellung zur Verfügung zu stellen. Das zu beauftragende wissenschaftliche Grundlagenpapier solle eine aktuelle Bestandsaufnahme und einen Blick auf die Entwicklungen der Lebenssituation junger Menschen in unserem Bundesland für den Zeitraum bis ins Jahr 2040 beinhalten. Unter anderem sollten hierbei grundlegende Definitionen und statistische Angaben so aufbereitet werden, dass den Kommissionsmitgliedern ein guter Überblick über die aktuellen Zahlen, Daten, Fakten und gesellschaftlichen Entwicklungen in Bezug auf die in den Themenclustern zu bearbeitenden Schwerpunkte ermöglicht werde.

Abg. **Hannes Damm** stellt fest, dass es sich um kein neues, aber bewährtes Verfahren handele, und verweist auf die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“. Es gehe um die Grundlagen, statistische Daten zu erfassen und eine Arbeitsgrundlage zu schaffen. Der zu untersuchende Zeitraum bis zum Jahr 2040 habe zwei Hintergründe. Zum einen seien der Statistik des Landes die Wirkungsprognosen bis zum Jahr 2040 zu entnehmen. Menschen, die jetzt geboren würden, erreichten im Jahr 2040 das 18. Lebensjahr. Betrachtet werde zwar die Zielgruppe der jungen Menschen bis zum 27. Lebensjahr, aber in einer Abwägung habe man sich entschieden, nicht zusätzlichen Aufwand zu erzeugen. Es sei wichtig, neben dem Beteiligungsprozess, der in Vorbereitung sei, und der inhaltlichen Arbeit, die in zwei Monaten beginne, ein Grundlagengutachten in Auftrag zu geben, damit dieses vorliege, wenn mit der Arbeit begonnen werde.

Die **Kommission** stimmt dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf K Drs. 8/10 mehrheitlich mit 21 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen zu.

## PUNKT 7 DER TAGESORDNUNG

Beratung und ggf. Beschlussfassung zum Antrag der Fraktionen der CDU und FDP: Hinzuziehung der Unterlagen aus der Anhörungsreihe „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ im Sozialausschuss 2018 bis 2019  
hierzu: K Drs. 8/8

Die **Fraktionen der CDU und FDP** haben beantragt,

- I. festzustellen, dass sich der Sozialausschuss in den Jahren 2018 und 2019 in insgesamt sechs thematischen Anhörungen umfassend über den Themenkomplex „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern informiert habe; die Anhörungen kontinuierlich von zehn Jugendlichen begleitet worden seien, die mit den Abgeordneten und den jeweiligen, für das spezielle Thema eingeladenen Sachverständigen gemeinsam die verschiedenen Themen berieten,
- II. die Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ aufzufordern,
  1. die Unterlagen und Ergebnisse aus der Anhörungsreihe „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ im Sozialausschuss von 2018 bis 2019 in die Arbeit der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ einzubeziehen und den Mitgliedern der Enquete Kommission zur Verfügung zu stellen,
  2. die Erkenntnisse aus der Anhörungsreihe im Sozialausschuss von 2018 bis 2019 zu evaluieren und die Evaluierung den Mitgliedern der Enquete-Kommission vorzustellen (K Drs. 8/8).

Abg. **Ann Christin von Allwörden** betont, dass es ihrer Fraktion wichtig sei, die Unterlagen und Ergebnisse aus der Anhörungsreihe „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ im Sozialausschuss von 2018 bis 2019 in die Arbeit der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ einfließen zu lassen. Ganz entscheidend sei, dass eine Evaluierung stattfindet und einbezogen werde. Konkret bedeute dies, dass Ergebnisse der Arbeit bereits umgesetzt oder in Entscheidungsfindungen berücksichtigt worden seien. Sie möchten wissen, in welcher Art und Weise dies in den Ministerien erfolgt sei.

Abg. **Dr. Anna-Konstanze Schröder** befürwortet es, die Ergebnisse aus der Anhörungsreihe in die jetzige Diskussion einzubeziehen, beantragt aber, die Ziffer II Nummer 2 des vorliegenden Antrages zu streichen. Die Erkenntnisse aus einer Anhörung

könnten nicht evaluiert werden, sondern lediglich die Umsetzung. Unter Tagesordnungspunkt 6 sei beschlossen worden, ein wissenschaftliches Grundlagenpapier zu beauftragen, in dem die aktuelle Lebenssituation junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern dargestellt werde.

Abg. **Ann Christin von Allwörden** möchte wissen, ob und inwieweit die Anhörungsreihe schon irgendwo eingearbeitet und/oder umgesetzt worden sei. Dies sei für die Arbeit der Enquete-Kommission durchaus von Interesse. Die Anhörungsreihe habe in den Jahren 2018 bis 2019 stattgefunden, sodass es ggf. schon Änderungen beispielsweise der Sichtweisen gegeben habe. Daher sollte eine Evaluierung durchgeführt werden.

Abg. **Hannes Damm** ist ebenfalls der Meinung, eine Evaluierung bzw. den Stand der heutigen Umsetzung zu betrachten. Er lehnt eine Streichung der Ziffer II Nummer 2 des o. g. Antrages ab. Möglicherweise sollte die Formulierung angepasst werden, um Fehlinterpretationen zu vermeiden. Er wünscht sich einen gemeinsamen Vorstoß und bietet an, eine Formulierung zu erarbeiten. Er sieht nicht, dass dieses Thema vom vorher gefassten Beschluss abgedeckt sei. Das Gutachten der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ setze sich beispielsweise nicht mit Fragen zur rechtlichen Situation älterer Menschen auseinander. Fragen oder Hinweise zu geänderten Rechtsgrundlagen, Empfehlungen, Anträge oder Themen, für die sich ältere Menschen stark gemacht hätten, seien im Gutachten nicht enthalten. Diese Fragen halte er nicht für irrelevant und würde es begrüßen, wenn dies in diesem Zusammenhang geklärt werden könnte.

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes** betont, dass es einer vernünftigen Arbeitsgrundlage bedürfe. Die Anhörungsreihe sollte berücksichtigt werden. Es wurden damals viele Beteiligte an Bord genommen. Es seien sechs Anhörungen durchgeführt worden, an denen sich viele Akteure und Jugendliche aus ganz Mecklenburg-Vorpommern beteiligt hätten. Aus seiner Sicht sollte eine Evaluierung, allein schon als Handreichung für alle Beteiligten, durchgeführt werden. Keiner der Beteiligten habe wahrscheinlich die Zeit, sich mit den Unterlagen der Anhörungsreihe zu befassen. Wichtig sei ein Abgleich mit dem Koalitionsvertrag. Was ggf. schon abgedeckt sei, müsse hier nicht mehr betrachtet werden. Zudem sollte berücksichtigt werden, was sich seit 2018/2019 bis heute verändert habe. Man habe schon damals Monate benötigt, um ein Abschlusspapier im Konsens zu



verfassen. Daneben gab es Sondervoten. Er halte es für sehr wichtig, dies richtig zu erfassen. Es handele sich um einen kleinen „Schatz“, den man in die Arbeit der Kommission aufnehmen und evaluieren sollte. Es erspare einen erheblichen Arbeitsaufwand und bilde ein gutes Fundament für die weitere Arbeit der Enquete-Kommission.

Abg. **Christian Albrecht** bemerkt, dass es offensichtlich keinen Dissens gebe, die geleistete Arbeit der Anhörungsreihe einzubeziehen, die die Grundlage für die weitere Arbeit der Enquete-Kommission bilden sollte. Er meint, der Dissens rühre aus der unterschiedlichen Definition des Begriffes Evaluierung. Die Abg. Christin von Allwörden habe es klar formuliert. Umsetzungsstände abzufragen, sei aus seiner Sicht sinnvoll. Aber Sichtweisen und Erkenntnisse zu evaluieren, würde die Arbeit der beteiligten Jugendlichen und Experten ad absurdum führen. Daher sollte eine Formulierung erarbeitet werden, aus der für alle klar hervorgehe, was gemeint sei. Es müsse vermieden werden, dass das Sekretariat den Prozess, die Ergebnisse, die Clusterung oder Themenvorschläge bewerte.

Abg. **Ann Christin von Allwörden** erwidert, die Ergebnisse aus der Anhörungsreihe sollten hier einfließen und evaluiert werden.

Abg. **Dr. Anna-Konstanze Schröder** nimmt Bezug auf den vorliegenden Antrag auf KDRs. 8/8, wonach die Erkenntnisse aus der Anhörungsreihe im Sozialausschuss von 2018 bis 2019 evaluiert werden sollten. Sie merkt an, dass Erkenntnisse nicht evaluiert werden könnten. Man könne nur, wie bereits der Abg. Christian Albrecht ausgeführt habe, das Besprochene kritisch hinterfragen. Mit dem Antrag sei die Evaluierung des Regierungshandelns als Ergebnis aus dieser Anhörungsreihe beabsichtigt. Eine Anhörungsreihe sei aber zunächst einmal lediglich ein Erkenntnisgewinn. Man könne nun möglicherweise Landtagsbeschlüsse, die auf der Grundlage der Anhörungsreihe erfolgt seien, und deren Umsetzung evaluieren. Dies führe aus ihrer Sicht zu weit und würde den Rahmen der Kommission sprengen. Man könne auch, wie der Abg. Thomas de Jesus Fernandes vorschlug, den Koalitionsvertrag auf der Grundlage der Erkenntnisse aus den Anhörungen evaluieren.

Abg. **Michel-Friedrich Schiefler** beantragt eine zehnminütige Sitzungsunterbrechung.

Vors. **Christian Winter** schlägt vor, die Sitzung nach dem Redebeitrag der Abg. Sabine Enseleit zu unterbrechen.

Abg. **Sabine Enseleit** bittet um Sachlichkeit in der Diskussion. Ein Projekt werde am Ende evaluiert. Sie gehe davon aus, dass dies auch hier erfolgen werde.

Vors. **Christian Winter** unterbricht die Sitzung für zehn Minuten.

- Sitzungsunterbrechung von 12:16 bis 12:28 Uhr -

Vors. **Christian Winter** eröffnet die unterbrochene Sitzung wieder.

Abg. **Hannes Damm** beantragt im Namen seiner Fraktion, in Ziffer II die Wörter „Die Enquete-Kommission“ durch die Wörter „Das Sekretariat der Enquete-Kommission“ zu ersetzen und Ziffer II Nummer 2 wie folgt zu fassen:

„2. die bereits erfolgte oder geplante Umsetzung der Erkenntnisse aus der Anhörungsreihe im Sozialausschuss von 2018 bis 2019 im Rahmen des entsprechend K Drs. 8/10 zu beauftragenden Gutachtens evaluieren zu lassen.“

Eine Vorstellung könne bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werden. Der Vorschlag sei, das Gutachten zunächst erstellen zu lassen. Wo man es einfließen lasse, könne im Laufe der Kommissionsarbeit entschieden werden.

Abg. **Dr. Anna-Konstanze Schröder** erklärt, sie ziehe den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zurück.

Die **Kommission** nimmt den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN einstimmig (25 Ja-Stimmen) an.

Die **Kommission** nimmt den geänderten Antrag der Fraktionen der CDU und FDP auf K Drs. 8/8 einstimmig (25 Ja-Stimmen) an.

## PUNKT 8 DER TAGESORDNUNG

### Allgemeine Kommissionsangelegenheiten

Vors. **Christian Winter** informiert, dass sich die Obleute dazu verständigt hätten, die Sitzungen der Kommission zukünftig per Live-Stream des Landtages zu übertragen. Hierzu bedürfe es noch eines Beschlusses der Enquete-Kommission, der in der Sitzung am 30. September 2022 geplant sei. Im Hinblick auf geordnete und strukturierte Prozesse werde sich die Enquete-Kommission eine Geschäftsordnung geben. Ein Entwurf werde durch das Sekretariat erstellt und zur nächsten Sitzung am 30. September 2022 vorgelegt. Im Sekretariat hätten Frau Imke Dette zum 1. Juli 2022 (Referentin), Frau Anja Kinder zum 1. August 2022 (Bürosachbearbeiterin) und Herr Marc Steinbach zum 15. August 2022 (Referent) ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Leiterin des Sekretariates, Petra Bittner, sei seit dem 1. September 2022 nicht mehr für die Landtagsverwaltung tätig. Die kommissarische Sekretariatsleitung sei Frau Cornelia Gottschalk mit Wirkung zum 1. September 2022 übertragen worden. Die Referentin Teresa von Jan werde ihre Tätigkeit im Sekretariat für ca. ein Jahr unterbrechen. Die 4. Sitzung der Enquete-Kommission finde am 30. September 2022 um 11:00 Uhr im Schloss, Plenarsaal statt.

Abg. **Marc Reinhardt** informiert, dass die Klausurtagung der CDU-Fraktion am 30. September 2022 stattfindet, sodass kein Abgeordneter seiner Fraktion an der Sitzung teilnehmen könne.

Vors. **Christian Winter** nimmt den Hinweis zur Kenntnis und erklärt, dass man sich darauf verständigt habe, immer am zweiten Freitag in den Ausschusswochen zu tagen. Dies sei in enger Absprache mit dem PUA 3 erfolgt. Auf Nachfrage von Johannes Beykirch, ob für Frau von Jan ein Ersatz geplant sei, antwortet er, es werde an einer Vertretungslösung gearbeitet. Gleiches gelte für die Neubesetzung der Referatsleitung.

Ende der Sitzung: 12:43 Uhr

Fi



Christian Winter  
Vorsitzender



# Zusammenfassung Anhörungsreihe

## „Jung sein in M-V“

im Sozialausschuss in den Jahren 2018 und 2019

- I. Allgemeines**
- II. Themen**
- III. Sondervoten**
- IV. Fazit / Zusammenfassung**

# I. Allgemeines

- sechs thematische Anhörungen im Sozialausschuss in den Jahren 2018 und 2019

## INHALTE

1. Teilhabe und Mitwirkung von Jugendlichen
2. Übergangsmanagement Schule, Bildung und Beruf
3. Medienbildung für junge Leute im Kontext der Digitalisierung
4. Mobilität im ländlichen Raum
5. Ehrenamt und Erprobungsräume
6. Kinderarmut und Chancengleichheit

## BETEILIGTE

- Mitglieder des Sozialausschusses, Sachverständige, Jugendliche als ständige Gäste

# II. Themen

## 1. Teilhabe und Mitwirkung von Jugendlichen

### Sachverständige:

- Beteiligungswerkstatt M-V + Jugendmedienverband M-V e.V.
- Stadtjugendring Greifswald e.V.
- Pfadfinderbund M-V e.V. + Demokratiebahnhof Anklam
- Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ bei der AG für Kinder- und Jugendhilfe
- Deutsches Kinderhilfswerk
- Landkreistag M-V e.V.
- Städte- und Gemeindetag M-V e.V.
- Landessenorenbeirat M-V e.V.

# II. Themen

## 1. Teilhabe und Mitwirkung von Jugendlichen

### Handlungsempfehlungen des Sozialausschusses:

- Bessere Beteiligung der Kinder an Entscheidungsprozessen in der Kita
  - Überarbeitung der Bildungskonzeption für 0-10jährige
- Anpassung der Förderung der Kinder- und Jugendhilfestrukturen/Verbesserung der finanziellen Förderung nach KJfG
  - Angemessene und verbesserte Förderung der öffentlichen Jugendhilfe
  - Neufassung des Kinder- und Jugendförderungsgesetz MV sowie der Jugendförderungsverordnung



# II. Themen

## 2. Übergangsmanagement Schule, Bildung und Beruf

### Sachverständige:

- Handwerkskammer Schwerin
- Industrie- und Handelskammer zu Schwerin
- Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
- Agentur für Arbeit Rostock
- Landesschülerrat M-V
- Landessenorenbeirat M-V e.V.
- Landkreistag M-V e.V.

## 2. Übergangsmanagement Schule, Bildung und Beruf

### Handlungsempfehlungen des Sozialausschusses:

- Entwicklung von Maßnahmen zur Stärkung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer
  - Einrichtung eines „Mecklenburg-Vorpommern-Stipendiums“
- Prüfung von Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Praktikum- und Azubi-Ticket)
- Prüfung der Abschaffung von Schulgeld in weiteren Bereichen der beruflichen Bildung
- Einführung einer Mindestausbildungsvergütung
- „Assistierte Ausbildung“ unterstützen
- Politische Bildung als fester Bestandteil des Unterrichts

## II. Themen

### 3. Medienbildung für junge Leute im Kontext der Digitalisierung

#### Sachverständige:

- Prof. Dr. Roland Rosenstock (Uni Greifswald)
- Christian Taszarek (Uni Greifswald)
- Medienanstalt M-V
- Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit M-V
- Jugendmedienverband M-V e.V.
- Landessenorenbeirat M-V e.V.
- Städte- und Gemeindetag M-V e.V.
- Landkreistag M-V e.V.
- Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer (Universitätsklinikum Ulm)

## II. Themen

### 3. Medienbildung für junge Leute im Kontext der Digitalisierung

#### Handlungsempfehlungen des Sozialausschusses:

- Entwicklung einer Gesamtstrategie Medienbildung
  - Flächendeckendes Glasfasernetz
  - Schulung und Sensibilisierung von Familien und pädagogischem Fachpersonal

# II. Themen

## 4. Mobilität im ländlichen Raum

### Sachverständige:

- Verkehrsgesellschaft Ludwigslust-Parchim mbH
- VCD Nordost e.V.
- Prof. Dr. Udo Onnen-Weber
- Mecklenburg-Vorpommersche Verkehrsgesellschaft mbH
- Arbeitsgemeinschaft für fahrrad- und fußgängerfreundliche Kommunen in M-V
- Landessenorenbeirat M-V e.V.
- Städte- und Gemeindetag M-V e.V.
- Landkreistag M-V e.V.

# II. Themen

## 4. Mobilität im ländlichen Raum

### Handlungsempfehlungen des Sozialausschusses:

- Einführung eines landesweiten Praktikum- und Azubi-Tickets
- Prüfung: Anpassung der Fahrpläne
- Prüfung: Ehrenamtskarte für Mobilitätsbedürfnisse nutzbar machen
- Attraktivere Übergangstarife in Tarifverbünde der umliegenden Bundesländer
- Prüfung eines einheitlichen Tarifsystems
- Ausbau der digitalen Angebote
- Anwendungsfreundliche und moderne Fahrplanauskünfte
- Bedarfsgerechte Anhebung der Fahrtkostenzuschüsse

# II. Themen

## 5. Ehrenamt und Erprobungsräume

### Sachverständige:

- Leuphana Universität Lüneburg
- Deutscher Bundesjugendring
- Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in M-V
- Städte- und Gemeindetag M-V e.V.
- Landkreistag M-V e.V.
- DRK Landesverband M-V
- Landessenorenbeirat M-V e.V.
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, Berlin
- Tierschutzverein Neubrandenburg

# II. Themen

## 5. Ehrenamt und Erprobungsräume

### Handlungsempfehlungen des Sozialausschusses:

- Prüfung von Freistellungsregelungen etc., um Freiräume für außerschulische Aktivitäten zu schaffen
- Anerkennung ehrenamtlichen Engagements durch die Schule
- Stärkung von Jugendringen, Kinder- und Jugendbeiräten in den Kommunen
- Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Planungsprozesse
- Darstellung von Planungsverfahren in leichter Sprache



# II. Themen

## 6. Kinderarmut und Chancengleichheit

### Sachverständige:

- Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.
- Deutsches Jugendinstitut
- Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock
- Landesarmutskonferenz M-V
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband M-V e.V.
- Landkreistag M-V e.V.
- Landesseniorenbeirat M-V e.V.

# II. Themen

## 6. Kinderarmut und Chancengleichheit

### Handlungsempfehlungen des Sozialausschusses:

- Förderung eines Generationendialogs
- Mehr Personal in Schulen
- Konzeptionelle Weiterentwicklung von Schulsozialarbeit
- Stärkung von Unterstützungszentren
- Werbung für Tariflöhne
- Werbung für Infrastrukturprojekte in den Kommunen

# III. Sondervoten (Beispiele)

- Durchführung eines „Jugendcheck“ bei jedem Gesetzentwurf
- Aktives Wahlrecht ab 16 Jahren
- Zumutbare Wege zur Berufsschule für Azubis aus ländlichen Räumen
- Ausbau eines zusammenhängenden und lückenlosen Radinfrastrukturnetzes
- Einführung einer landesweiten Kinderkarte
  
- Wahlalter ab 16 Jahren
- Klassische Ausbildungsberufe sollten wieder in den Vordergrund gestellt werden

# IV. Fazit

- Einige der Handlungsempfehlungen des Sozialausschusses konnten bereits angestoßen oder schon umgesetzt werden:
  - Wahlalter 16 Jahre
  - Einführung des Azubi-Tickets
  - Einführung einer Ehrenamtskarte
  - Einführung einer Mindestausbildungsvergütung
- Enquete kann weitere wichtige Meilensteine für ein kinder- und jugendgerechtes M-V setzen